

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

24. Jahrgang

Berlin, den 20. Dezember 1957

Nummer 51/52

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft um die Jahreswende 1957/58

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Bonn:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

(Institut für Konjunkturforschung), Berlin

Hamburgisches Weltwirtschaftsarchiv
Hamburg

Ifo — Institut für Wirtschaftsforschung
München

Institut für landwirtschaftliche Marktforschung
Braunschweig-Völkenrode

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschafts-
forschung, Essen

Abgeschlossen in Essen am 13. Dezember 1957

Die Lage der Weltwirtschaft

Das wirtschaftliche Wachstum in der westlichen Welt hat sich in den letzten Monaten weiter verlangsamt; in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien ist es völlig zum Stillstand gekommen. Die Abschwächungen spiegeln sich besonders deutlich in den Preisen an den Weltrohstoffmärkten und in den Seefrachten wider. In den Industrieländern hat sich unter diesen Umständen der Preisanstieg verringert. Eine Lockerung der Kreditrestriktionen hat sich bisher nur in den Ländern als möglich erwiesen, die über Kapazitätsreserven verfügen, während Länder, in denen die Nachfrage immer noch über das Angebot hinausgeht, sich sogar zu einer Verschärfung der Kreditrestriktionen veranlaßt sahen.

Die Wirtschaft der Vereinigten Staaten von Amerika steht zur Jahreswende 1957/58 im Zeichen konjunktureller Schwächetendenzen. Unter dem Einfluß der seit geraumer Zeit zu beobachtenden unter-optimalen Ausnutzung der Produktionskapazitäten hat die private Investitionsneigung nachgelassen. Zwar zwingen der technische Fortschritt sowie anhaltend steigende Lohnkosten und der scharfe nationale und internationale Wettbewerb die Unternehmer nach wie vor zu beachtlichen Investitionsaufwendungen,

jedoch zeigen diese konjunkturell bereits eine leichte Abnahme. Der sinkende Auftragseingang und der verringerte Produktionsausstoß der Industrie sind aber nicht nur Ausdruck der verminderten Investitionsbereitschaft der Wirtschaft, sondern spiegeln gleichzeitig auch ihre vorsichtigen Lagerdispositionen wider.

Diese Schwäche im Investitionsbereich der Wirtschaft, der weder im öffentlichen Bereich noch im privaten Verbrauch ausreichende kompensierende Kräfte gegenüberstanden, hat sowohl den Arbeitsmarkt und die Lohn- und Preisentwicklung als auch den Geld- und Kapitalmarkt beeinflußt. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote war im Oktober mit 4,6 vH der zivilen Erwerbspersonen bereits fast so hoch wie während der „recession“ im Jahre 1954. Die Zahl der Beschäftigten im nicht landwirtschaftlichen Bereich ist nach Ausschaltung der Saisoneinflüsse etwa seit Mitte des Jahres zurückgegangen. Gleichzeitig wurde die wöchentliche Arbeitszeit eingeschränkt. Trotz weiter kräftiger Erhöhung der Lohnsätze, die zum Teil auf Grund früher in langfristigen Verträgen getroffener Vereinbarungen erfolgten, hat sich die Zunahme der effektiven Stundenlöhne verlangsamt. Der Konkurrenzkampf hat sich in der jüngsten Vergangenheit verschärft. Die Erzeuger waren verschiedentlich

gezwungen, ihre Preise zu senken. Der Index der Großhandelspreise für Industrieerzeugnisse weist daher eine leicht rückläufige Tendenz auf. Auch der Lebenshaltungskosten-Index ist in letzter Zeit nicht weiter gestiegen, jedoch in erster Linie dank eines saisonal bedingten Rückgangs der Nahrungsmittelpreise, so daß die Preisstabilität in der Konsumsphäre in den nächsten Monaten noch keineswegs gesichert erscheint.

Das Federal Reserve System hat Mitte November 1957 mit der Diskontsenkung den Vorgängen im güterwirtschaftlichen Bereich Rechnung getragen, die sich bereits seit Mitte Oktober in einer Entspannung am Geld- und Kapitalmarkt auszuwirken begonnen hatten. Diese vom Reserve System gewährte kreditpolitische Erleichterung darf allerdings in ihrer Bedeutung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung nicht überschätzt werden. Eine stärkere Verflüssigung des Geld- und Kapitalmarktes setzt weitere Maßnahmen des Zentralbank-Systems, wie Offen-Markt-Operationen oder eine Herabsetzung der Mindestreserven, voraus. Angesichts der geringeren Kapazitätsausnutzung und der verminderten Gewinnmargen ist es zwar wenig wahrscheinlich, daß die Wirtschaft auf die erleichterten Kreditbedingungen sofort mit einer Erhöhung ihrer Investitionsausgaben reagieren wird; eine Entspannung am Kapitalmarkt sollte jedoch geeignet sein, die private Wohnungsbautätigkeit, die sich seit Jahresmitte auf einem Niveau von etwa einer Million Wohnungseinheiten stabilisiert hat, günstig zu beeinflussen. Allerdings stehen einer stärkeren Ausweitung der Nachfrage die nach wie vor sehr hohen Baukosten entgegen. Bei einer fühlbaren Kreditverbilligung würden die Bauaufwendungen der Staaten und Gemeinden, unter anderem die Aufwendungen für den Straßenbau, schneller wachsen als bisher und dann ein stärkeres Gegengewicht gegen die kontraktiven Auswirkungen der verminderten privaten Anlageinvestitionen bilden.

Im Bundeshaushalt der Vereinigten Staaten sind steigende Aufwendungen, unter anderem für Verteidigungszwecke und Sozialleistungen, zu erwarten. Da außerdem die Bundeseinnahmen von der konjunkturellen Abschwächung beeinträchtigt werden, dürften von der Haushaltsgebarung des Bundes leichte expansive Einflüsse ausgehen, die den Schwächetendenzen in der privaten Wirtschaft entgegenwirken werden.

Bis in den Herbst hinein haben die amerikanischen Konsumenten bei steigendem Einkommen ihren Verbrauch annähernd im Ausmaß ihres Einkommenszuwachses — bei leichten Schwankungen von Vierteljahr zu Vierteljahr — ausgedehnt. Verstärkt auf der einen Seite die Unsicherheit über die künftige wirtschaftliche Entwicklung die Zurückhaltung der Verbraucher, so erzwingt auf der anderen Seite eine höhere Arbeitslosigkeit Rückgriffe auf die in großem Umfang und in großer Streuung vorhandenen Ersparnisse, so daß in den kommenden Monaten wohl kaum mit einer veränderten Verbrauchsneigung gerechnet werden muß.

In Westeuropa hat sich das wirtschaftliche Wachstum noch weiter verlangsamt. In Groß-

britannien ist es, nach einer vorübergehenden leichten Belebung im zweiten Vierteljahr, wieder zum Stillstand gekommen. Italien und Frankreich haben ihre bisher schon überdurchschnittlichen Wachstumsraten noch heibehalten können. Belgien, die Niederlande, die Schweiz sowie die skandinavischen Länder haben hingegen im Vergleich zum Vorjahr nur noch eine geringe Zunahme des realen Sozialprodukts aufzuweisen. Wenn auch gegenwärtig das wirtschaftliche Wachstum in einer Reihe von Ländern nahezu aufgehört hat, gibt es vorerst in keinem Land Westeuropas Anzeichen für eine Schrumpfung, die kumulativ zu werden droht.

Dieser Rückgang des wirtschaftlichen Wachstums erklärt sich daraus, daß die meisten westeuropäischen Länder den durch Arbeitspotential und durch Zahlungsbilanzlage gegebenen Expansionspielraum weitgehend ausgeschöpft haben. Das weitere wirtschaftliche Wachstum ist damit primär vom Produktivitätsfortschritt abhängig. Die von den kreditpolitischen Instanzen zur Bekämpfung des Preisauftriebs getroffenen und in einzelnen Ländern in den letzten Monaten nochmals verschärften restriktiven Maßnahmen haben in erster Linie die ohnehin schon infolge verringerter Gewinnerwartungen nachlassende private Investitionsneigung stark beeinträchtigt.

In den meisten Ländern wurde der Rückgang der privaten Investitionen bisher allerdings durch eine Zunahme der öffentlichen Investitionen zum Teil kompensiert. Selbst in Ländern, in denen zur Wiederherstellung der inneren finanziellen Stabilität eine Reduktion der öffentlichen Investitionen naheliegen würde, kann vorerst noch nicht mit einer ins Gewicht fallenden Verminderung der öffentlichen Investitionen gerechnet werden. Auch in Großbritannien, wo im Zusammenhang mit den jüngsten Restriktionsmaßnahmen angekündigt wurde, daß für die nächsten beiden Jahre auf eine Steigerung der öffentlichen Investitionen verzichtet werden solle, haben bis in die jüngste Zeit hinein die öffentlichen Investitionen noch zugenommen. Bei dem Gewicht, daß ihnen in den einzelnen Ländern zukommt (Anteil der öffentlichen Investitionen an der Gesamtinvestition z. B. in Großbritannien 1956 etwa 44 vH), kann hierin eine bedeutende Stütze für Produktion und Beschäftigung in den nächsten Monaten gesehen werden. In der Zusammensetzung der öffentlichen Investitionen bahnt sich indessen ein Wandel an. So ist der Anteil des von der Öffentlichen Hand geförderten Wohnungsbaus in nahezu allen westeuropäischen Ländern zurückgegangen, während der Anteil der öffentlichen Investitionen, die der technischen Entwicklung des Produktionsapparates dienen, sich erhöht hat. Der öffentliche Verbrauch nimmt, abgesehen von Großbritannien, in den wichtigen westeuropäischen Ländern noch zu, wenn sich auch sein Wachstum verlangsamt hat.

Trotz umfangreicher Sparmaßnahmen ist es vor allem Frankreich nicht gelungen, seine Staatsausgaben zu reduzieren; sie werden im Gegenteil sogar noch erheblich zunehmen. Obwohl die Steuern erhöht wurden, erscheint es zweifelhaft, ob die Senkung des Haushaltsdefizits in dem beabsichtigten Ausmaß gelingen wird. Bei

Finanzierung des Defizits in der bisherigen Form, nämlich überwiegend durch Zentralbank-Kredit, muß mit weiter anhaltendem Inflationsdruck gerechnet werden, da keinerlei Anzeichen für eine Kompensation durch erhöhte Sparneigung oder Einschränkung der privaten Investitionen vorhanden sind. Auch in Großbritannien, wo die Ausgaben den Voranschlag bereits übersteigen, wird wahrscheinlich das Haushaltsdefizit nicht in dem geplanten Umfang reduziert werden. In anderen Ländern, z. B. in Schweden, sind gleichfalls hohe Haushaltsdefizite zu erwarten. Die Gestaltung der Öffentlichen Haushalte steht somit nach wie vor in den meisten Ländern im Widerspruch zu den restriktiven kreditpolitischen Maßnahmen.

Dieses Haushaltsgebaren hat mit zu der immer noch anhaltenden Diskrepanz zwischen nominaler Einkommensbildung und realer Expansion beigetragen. Die Lohnerhöhungen gehen nach wie vor über den Produktivitätsfortschritt hinaus. Gleichwohl hat sich der Preisauftrieb etwas abgeschwächt. Abgesehen davon, daß sich die Spanne zwischen Lohnsteigerung und Produktivitätsfortschritt verringert hat, wird in einer ganzen Anzahl von Ländern von den Empfängern kontraktbestimmter Einkommen mehr als bisher gespart; außerdem wirkte sich die Preissenkung auf den großen Weltwarenmärkten auf das Preisniveau in den Industrieländern aus.

Bedingt durch das unterschiedliche wirtschaftliche Wachstum und durch die ebenfalls unterschiedlichen Diskrepanzen zwischen Güterangebot und -nachfrage bestehen in Westeuropa nach wie vor starke Zahlungsbilanzspannungen. Insbesondere ist es Frankreich trotz de-facto-Abwertung und Entliberalisierung der Einfuhr bisher nicht gelungen, seine Zahlungsbilanzlage zu konsolidieren. Weitere Anpassungsmaßnahmen erscheinen erforderlich, selbst wenn Frankreich internationale Überbrückungshilfe gewährt werden sollte. Obwohl Großbritannien laufend Leistungsbilanzüberschüsse erzielt, muß auch seine Währungssituation als außerordentlich labil angesehen werden, insbesondere im Hinblick auf seine umfangreichen Verpflichtungen im Rahmen des Sterlinggebietes. Der Rückgang der Währungsreserve im Spätsommer dieses Jahres war zum großen Teil spekulativ bedingt. Scharfe Restriktionsmaßnahmen und eindeutige Erklärungen der Regierung, den derzeitigen Pfundkurs mit allen Mitteln zu verteidigen, haben inzwischen zu einem Abbau der Spekulation gegen das Pfund Sterling und zu einer Zunahme der Währungsreserven geführt.

Auch die Zahlungsbilanzlage Japans war während dieses Jahres durch größere Schwierigkeiten gekennzeichnet. Der Abfluß von Währungsreserven war beträchtlich. Die inzwischen getroffenen Restriktionsmaßnahmen haben das binnenwirtschaftliche Wachstum in den Herbstmonaten nahezu zum Stillstand gebracht, aber auch vor allem durch Verminderung der Einfuhr eine gewisse Entlastung der Zahlungsbilanz bewirkt.

Der Welthandel folgte bisher nur langsam den Veränderungen der wirtschaftlichen Expansion in den Industrieländern. Die Umsätze im

Welthandel lagen auch im dritten Vierteljahr 1957 erheblich über dem Vorjahrsniveau, seit der Jahresmitte ist jedoch eine Verlangsamung des Wachstums zu beobachten. In den letzten Monaten ergriffene dirigistische Maßnahmen und Wechselkurskorrekturen dürften diese Entwicklung verstärken. Zudem ist der Einfuhrbedarf der westeuropäischen Zuschußländer an Nahrungsmitteln infolge großer Ernten und einer hohen Produktion tierischer Erzeugnisse geringer als im Vorjahr. Außerdem vermindert die Auflösung von Vorräten, die im Verlauf der Suezkrise angelegt wurden, vorübergehend den Einfuhrbedarf.

Bei zunehmendem Angebot an Schiffsraum und nachlassender Nachfrage sind die Frachtraten nach Beendigung des Suezbooms beständig gefallen. Mit einem baldigen Tendenzumschwung ist bei der gegenwärtigen Konjunkturlage nicht zu rechnen.

Die Preise der Ausfuhrwaren der Industrieländer sind bei allgemein noch anhaltendem binnenwirtschaftlichem Preisauftrieb weiter gestiegen, während die Einfuhrpreise, die sich unter dem Einfluß der Suezkrise vorübergehend stark erhöht hatten, wieder auf das vorherige Niveau oder gar darunter gesunken sind. Infolgedessen haben sich die „terms of trade“ erneut zugunsten der Industrieländer und zuungunsten der Rohstoffländer entwickelt. Da die Rohstoffländer ihre Ausfuhrmengen vielfach bis zum Herbst noch weiter ausdehnen konnten, hatten die gesunkenen Preise bisher noch keine Verminderung der Exporterlöse zur Folge.

Bei der gegenwärtigen Angebots- und Nachfragekonstellation auf den Weltwarenmärkten ist es wahrscheinlich, daß der Preisdruck noch anhalten wird. Da indessen ein nicht unbedeutender Teil der Rohstoffe auf Grund längerfristiger Lieferverträge bezogen wird, kann damit gerechnet werden, daß die Ausfuhrerlöse der Rohstoffländer nicht in gleichem Ausmaß sinken werden wie die Notierungen der Rohstoffpreise an den Weltmarktplätzen.

Gleichwohl erschwert ein Rückgang der Rohstoffpreise die Finanzierung der für den weiteren wirtschaftlichen Aufbau dieser Länder notwendigen Einfuhr an Industrieerzeugnissen. Die Aussichten für den Absatz der Rohstoffländer in den Industrieländern werden zwar in erster Linie durch die konjunkturelle Entwicklung bestimmt, sind aber auch von der Handelspolitik der Industrieländer abhängig.

Auf längere Sicht läge eine großzügigere Einfuhrpolitik der Industrieländer, die sich nicht nur auf Rohstoffe, sondern mindestens auch auf industrielle Halbfabrikate der Entwicklungsländer erstrecken müßte, nicht nur im Interesse der Rohstoffländer, die dadurch ihre Exporterlöse steigern könnten, sondern auch im Interesse der Industrieländer. Dies käme einer weiteren weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung gleich. Den Entwicklungsländern sollte jede Möglichkeit gegeben werden, aus eigener Kraft den Lebensstandard ihrer Bevölkerung zu steigern. Auf Finanzhilfe der alten Industrieländer könnten die Entwicklungsländer allerdings auch dann nicht verzichten.

Struktur und Richtung des amerikanischen Kapitalexports wurden in letzter Zeit dieser Problematik nur bedingt gerecht. Insbesondere der öffentliche Kapitalexport der Vereinigten Staaten in Form von überschüssigen Agrarerzeugnissen kam zwar bestimmten Entwicklungsländern zugute, schmälerte aber gleichzeitig die Exportchancen anderer Überschußländer. Die Kreditgewährung großer internationaler Finanzorganisationen bleibt trotz in letzter Zeit erfolgter Zunahme weit hinter der für ein optimales wirtschaftliches Wachstum der Entwicklungsländer unerläßlichen Kapitalbereitstellung zurück.

Die Wirtschaftsbeziehungen der Industrieländer untereinander sind sehr viel enger als ihre Beziehungen zu den Entwicklungsländern. Bis in die jüngste Zeit hinein hat sich die wirtschaftliche Verflechtung der Industrieländer untereinander sogar noch verstärkt. Auf die Dauer läßt sich schon aus politischen Gründen das Schicksal der Industrieländer von dem der Entwicklungsländer nicht trennen, und auf lange Sicht wird das weltwirtschaftliche Wachstum mehr als bisher von einer Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern abhängig sein.

Die Lage der westdeutschen Wirtschaft

Das Wachstum der westdeutschen Wirtschaft hat sich seit mehreren Monaten nicht mehr verlangsamt. Wachstumsraten von 7 bis 8 vH für den nominalen, 4,5 vH für den realen Wert des Bruttosozialproduktes, die für das dritte Viertel dieses Jahres festzustellen waren, lassen in Anbetracht des enger gewordenen Expansionspielraums darauf schließen, daß besonders günstige Voraussetzungen für die Steigerung der Arbeitsproduktivität vorlagen; die gesamte Konstellation der Kräfte ließ es aber nicht zu, daß sich der seit Jahren anhaltende Trend zur Steigerung des allgemeinen Preisniveaus spürbar abschwächte.

Träger der Expansion waren in der zweiten Hälfte des Jahres 1957 der starke Anstieg des Aktivalsaldos der außenwirtschaftlichen Bilanz, der Wandel der Kassenentwicklung der öffentlichen Haushalte von kontraktiv wirkenden Überschüssen zu expansiv wirkenden Defiziten und die anhaltende Erhöhung der Lohn- und Gehaltsätze. Die Entwicklung der Investitionen hat dagegen so gut wie gar nicht zur Erweiterung des Einkommenskreislaufs beigetragen. Die insgesamt noch recht stark expansiv wirkenden Kräfte haben das Preisniveau nur deshalb nicht beschleunigt steigen lassen, weil der Anteil der Ersparnisse an den verfügbaren Einkommen zunahm. Die Sparquote war nach der Jahresmitte wieder annähernd so hoch wie im ersten Vierteljahr 1957, obwohl die damals bestehenden steuerlichen Anreize zu gesteigerter Spartätigkeit nicht mehr vorlagen.

Anhaltend hohe Überschüsse der außenwirtschaftlichen Bilanz

Obwohl im Laufe dieses Jahres die Investitionstätigkeit in der Weltwirtschaft im ganzen

kaum noch wuchs, hat die westdeutsche Ausfuhr, wenn auch verlangsamt, weiter zugenommen. Wenn sich dabei der Überschuß im Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland beschleunigt erhöhte, so lag dies daran, daß das Wachstum der Ausfuhr, die sich etwa zur Hälfte aus Investitionsgütern zusammensetzt, weit stärker blieb als das der Einfuhr.

Solange die Konkurrenzvorteile der westdeutschen Ausfuhr (geringere Preissteigerung, kürzere Lieferfristen als in manchen Konkurrenzländern) bestehen bleiben, dürfte sich die deutsche Ausfuhr auch im Rahmen einer nur noch langsam steigenden Weltnachfrage weiterhin relativ günstig entwickeln. Mit einem Verlust dieser Konkurrenzvorteile, insbesondere gegenüber den westeuropäischen Ländern, ist zunächst nicht zu rechnen.

Dem steht gegenüber, daß die weltwirtschaftliche Entwicklung weiterhin im Zeichen einer nachlassenden Investitionsneigung steht. Dies gilt sowohl für die Industrieländer, die Hauptabnehmer der deutschen Ausfuhr sind, als auch für die Agrar- und Rohstoffländer. Letztere werden zwar weiterhin bestrebt sein, ihre Industrialisierung voranzutreiben und aus diesem Grunde möglichst viel Investitionsgüter einzuführen. Bei dem anhaltenden Preisdruck auf den Weltwarenmärkten ist jedoch ihre weitere ausreichende Zahlungsfähigkeit in Frage gestellt. Aber auch viele Industrieländer werden durch die angespannte Zahlungsbilanzsituation zu Maßnahmen veranlaßt, die sich auch auf die deutsche Ausfuhr nachteilig auswirken können. Schließlich könnte auch die amerikanische Industrie, der gegenüber Westdeutschland im allgemeinen keine Konkurrenzvorteile aufzuweisen hat, bei gedämpfter Entwicklung der Binnenkonjunktur mehr als bisher um die Steigerung ihres Auslandsabsatzes bemüht sein.

Unter diesen Umständen spricht vieles dafür, daß sich das Wachstum der Exporte in den kommenden Monaten zunehmend verlangsamen wird.

Der Auftragseingang aus dem Ausland ist in den letzten Monaten bereits unter den Vorjahrsstand zurückgegangen; die Wirkung auf die tatsächliche Exportentwicklung wird jedoch zunächst durch die sehr hohen Auftragsbestände gemildert.

Bei der gegenwärtigen Entwicklungstendenz der Industrieproduktion und den hohen diesjährigen Ernten kann zunächst keine nennenswerte weitere Steigerung des Wertes der westdeutschen Einfuhr erwartet werden. Da sich bei den Dienstleistungen sogar eher eine weitere leichte Erhöhung des bisherigen Überschusses ergeben dürfte, wird man einstweilen, selbst für den Fall, daß es nicht nur zu einem Rückgang der Wachstumsraten, sondern sogar zu einer leichten absoluten Abnahme des deutschen Exports käme, auch keine stärkere Verminderung des gegenwärtigen Überschusses in der gesamten Leistungsbilanz (schätzungsweise knapp 4 Mrd. DM im zweiten Halbjahr 1957) und damit auch keinen nennenswerten kontraktiven Effekt auf die Gesamtnachfrage von dieser Seite her erwarten können.

Expansiv wirkende Kassenentwicklung der öffentlichen Haushalte

Nach der langen Periode kontraktiv wirkender Kassenüberschüsse der öffentlichen Haushalte begann mit der Jahresmitte bei anhaltender Verlangsamung des Wachstums der Steuereinnahmen eine Phase, in der die Einkommen und die Nachfrage durch Kassendefizite expansiv beeinflußt werden. Während noch in der ersten Hälfte des Jahres in den Haushalten des Bundes, der Länder und des Lastenausgleichsfonds inlandswirksame Kassenüberschüsse von mehr als 1 Mrd. DM entstanden waren, ergab sich im dritten Vierteljahr 1957 in den Kassen dieser Haushalte nach Schätzungen der Bundesbank ein inlandswirksamer Fehlbetrag von 350 Mill. DM.

Diese Entwicklung setzte sich im Oktober und November nur noch abgeschwächt fort, weil sich die Ausgaben des Bundes in diesen Monaten verringerten. Zusammen mit den im Dezember zu erwartenden hohen Steuereinnahmen wird dies dazu führen, daß im vierten Vierteljahr vorübergehend wieder ein kontraktiv wirkender Kassenüberschuß entsteht.

Es spricht aber alles dafür, daß die Kassenbestände nach dem Jahresende nicht mehr wachsen, sondern bis zum Beginn des Sommers 1958 durch entsprechend große Kassendefizite mehr oder weniger aufgelöst werden. Dabei werden die Kassenausgaben für den sozialen Wohnungsbau insbesondere bei den Ländern kräftig steigen. Für diesen Zweck sind in den letzten Monaten verhältnismäßig wenig Gelder verausgabt worden, obwohl die im Bundeshaushaltsplan hierfür vorgesehenen Mittel verstärkt an die Länder überwiesen worden waren.

Die für die erste Hälfte des nächsten Jahres zu erwartende Kassenentwicklung der Öffentlichen Haushalte wird dann die Expansion der Gesamtnachfrage stärker bestimmen als alle anderen in dieser Richtung wirkenden Kräfte. Besonders bedeutsam wird sie für den Verlauf der Bauinvestitionen sein.

Erneutes, wenn auch langsames Wachstum der Investitionen

Die Stagnation der Ausrüstungsinvestitionen hat sich nach der Jahresmitte 1957 nicht mehr fortgesetzt, sondern in einen tendenziellen Anstieg verwandelt, der sich allerdings in sehr engen Grenzen hielt. Dem Volumen nach dürfte der Vorjahresstand in den letzten Monaten mindestens wieder erreicht worden sein.

Demgegenüber hielt der konjunkturelle Rückgang der Bauinvestitionen bis in den Spätsommer hinein an. Mit Herbstbeginn setzte sich auf einem Niveau, das erheblich tiefer war als vor Jahresfrist, eine konjunkturelle Belebung durch. Sie war kräftiger als die der Ausrüstungsinvestitionen; dies gilt sowohl für die nominale als auch die reale Entwicklung.

Der Auftragseingang der Investitionsgüterindustrien aus Inland verharnte weiterhin auf hohem Niveau. Der Aussagewert dieser Auftragsentwicklung für den weiteren Verlauf der

Investitionstätigkeit ist gegenwärtig allerdings begrenzt, da die Investitionsgüterindustrien insgesamt noch immer über erhebliche Bestände an Inlandsaufträgen verfügen. Die derzeitige Datenkonstellation läßt nicht darauf schließen, daß die Bestelltätigkeit der privaten Investoren in absehbarer Zukunft wieder zunehmen wird. Jedenfalls ist nicht zu erwarten, daß die Aufträge der Investoren deshalb wachsen werden, weil nach der Erhöhung der Kohle- und Stahlpreise mit einer Verteuerung der Anlagegüter gerechnet werden muß; die Nachfrage nach Investitionsgütern ist wenig preisreagibel. Aber auch vom Grad der Kapazitätsauslastung her liegt kein Grund für eine Forcierung der Ausrüstungsinvestitionen vor.

Impulse könnten dagegen mit der Zeit durch die Verbesserung der Geld- und Kapitalmarktsituation entstehen. Das verstärkt wachsende Angebot an Finanzierungsmitteln und die Senkung der Kreditkosten sind allerdings für den Fortgang der Bauinvestitionen bedeutsamer als für die Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen, soweit es sich hierbei nicht um Anlagen mit sehr langer Nutzungsdauer handelt.

Die Finanzierungsmöglichkeiten haben sich insbesondere für den Wohnungsbau bereits erheblich gebessert: Die Zusagen der Kapitalsammelstellen und die Bewilligungen öffentlicher Mittel überschritten im dritten Jahresviertel das Vorjahrsniveau bei stark aufwärts gerichtetem Trend beträchtlich. Der veranschlagte und genehmigte Bauaufwand war im September nicht nur für Wohnbauten, sondern auch für Bauten der Wirtschaft und für Tiefbauten nennenswert höher als im September 1956.

Insgesamt liegen jedoch keine Anzeichen für den Beginn einer neuen Investitionswelle vor. Denn der Anstieg der Bauinvestitionen wird nicht ausreichen, eine kräftige Expansion der gesamten Anlageinvestitionen zu ermöglichen, da mit einer stärkeren Belebung der Ausrüstungsinvestitionen nicht zu rechnen ist.

Einkommen, Verbrauch, Ersparnis

Unter dem Einfluß der geschilderten expansiven Faktoren hat das Volkseinkommen sein Wachstum seit der Jahresmitte eher wieder etwas beschleunigt; mit schätzungsweise reichlich 8 vH überschritt es in der zweiten Jahreshälfte seinen entsprechenden Vorjahresstand etwas stärker als im ersten Halbjahr.

Dabei nahm das Arbeitseinkommen im Vorjahresvergleich gesehen im zweiten Halbjahr weniger stark (schätzungsweise + 7 vH) zu als im ersten (rund + 9 vH), und zwar, weil die Zahl der Beschäftigten langsamer als bisher stieg, die Verkürzung der Arbeitszeit weitere Fortschritte machte und der Auftrieb der durchschnittlichen Lohn- und Gehaltssätze nachließ.

Die Abschwächung im Anstieg der durchschnittlichen Lohn- und Gehaltssätze war lediglich darauf zurückzuführen, daß die Zahl der an tariflichen Lohn- und Gehaltserhöhungen beteiligten Arbeitnehmer abgenommen hat. Das Ausmaß der tariflichen Lohn- und Gehaltsaufbesserungen

(einschließlich Lohnausgleich bei verkürzter Arbeitszeit) hat sich nicht vermindert.

In nächster Zeit wird sich aber der Kreis der von tariflichen Lohn- und Gehaltserhöhungen begünstigten Arbeitnehmer wieder vergrößern, da ein nicht unbeträchtlicher Teil der in früheren Jahren in das vierte Vierteljahr fallenden Lohn-erhöhungen (so in der Metallindustrie) erst mit Beginn des neuen Jahres wirksam werden wird. Demgegenüber dürften die tariflichen Arbeitszeitverkürzungen in den kommenden Monaten an Gewicht verlieren. Auf längere Sicht gesehen wird sich die Verkürzung der Arbeitszeit aber weiter durchsetzen.

Obwohl sich, wie erwähnt, das Wachstum der durchschnittlichen Lohn- und Gehaltssätze abgeschwächt hat, nehmen diese immer noch schneller zu als die auf die Arbeitsstunde entfallende Produktionsleistung. Jedoch hat sich die Spanne zwischen der Entwicklung beider Größen etwas verringert.

Die Selbständigeneinkommen sind in der zweiten Hälfte dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahre etwas rascher als in den vorangegangenen Monaten gestiegen. Da sich die Steuerbelastung der Selbständigeneinkommen seit Jahresmitte eher vermindert hat, dürften sich die Nettoeinkommen der Selbständigen etwas günstiger als die Bruttoeinkommen entwickelt haben.

Die Nettoeinkommen aus Lohn und Gehalt sind, zumindest noch im dritten Vierteljahr, stärker als die Bruttoeinkommen gestiegen; sie sind durch Steuervergünstigungen immer noch mehr entlastet als durch die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge belastet worden. Im vierten Vierteljahr dürfte dies allerdings kaum mehr der Fall sein.

Nach Beendigung der Rentennachzahlungen sind die übertragenen Einkommen in der zweiten Jahreshälfte nicht mehr ganz so schnell gewachsen wie im ersten Halbjahr. Dies und die Entwicklung der Nettoeinkommen aus Lohn und Gehalt führten dazu, daß das gesamte Masseneinkommen in der zweiten Jahreshälfte seinen vor einem Jahr erreichten Stand weniger (schätzungsweise um 10 bis 11 vH) als im ersten Halbjahr (um 12 bis 13 vH) übertraf.

Der Anstieg der verfügbaren Einkommen in der ersten Jahreshälfte hatte nicht zu einer entsprechenden Ausweitung des privaten Verbrauchs geführt; dies hing nicht zuletzt auch damit zusammen, daß die Empfänger der Rentenzahlungen, in ihrem Verhalten von Preissteigerungen offenbar wenig beeinflusst, ihre Ausgaben nur zögernd erhöhten. Allen Anzeichen nach war die Sparquote auch im dritten Vierteljahr hoch. Der private Verbrauch ist im Herbst — im Vorjahresvergleich gesehen — langsamer gewachsen als in den Sommermonaten; eine Abschwächung in der Zunahme der privaten Verbrauchsausgaben hat sich wohl auch im vierten Vierteljahr ergeben. Die Wachstumsrate des privaten Verbrauchs wird allein schon deshalb tendenziell abgenommen haben, weil die Verbrauchsausgaben gegen Ende des vergangenen Jahres im Zusammenhang mit

der Suezkrise ein recht hohes Niveau erreicht hatten.

Ausblick

Wie eingangs bereits angedeutet wurde, hat die konjunkturelle Entwicklung bisher nicht dazu geführt, daß der Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus zum Stillstand gekommen ist. Obwohl die Investitionen als expansiver Faktor ausgefallen sind, haben die wachsenden Überschüsse in der außenwirtschaftlichen Bilanz und die Entwicklung der öffentlichen Kassen von Überschuß zu Defizit laufend eine Situation aufrechterhalten, die es unter den gegebenen Bedingungen der Lohnpolitik und der Starrheit in der Preisbildung den Unternehmern ermöglichte, Preiserhöhungen durchzusetzen.

Unter den gegebenen Bedingungen wird auch weiterhin die Gesamtnachfrage durch marktwirksame Kräfte nicht auf das Maß beschränkt und in die Wege geleitet, die ein gleichgewichtiges Wachstum bei stabilem Geldwert zulassen. Kassenlage der öffentlichen Haushalte, außenwirtschaftliche Bilanz und Investitionen sind dabei in ihrem Zusammenwirken zu sehen.

Mit einer relativ starken Expansion der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage von der Seite der öffentlichen Kassen muß zunächst gerechnet werden. Es wäre wünschenswert, daß die öffentlichen Ausgaben soweit wie möglich reduziert werden, insbesondere dort, wo sie zur Steigerung der Produktivität kaum oder gar nicht beitragen.

Die außenwirtschaftlichen Überschüsse werden zwar aller Voraussicht nach nicht mehr zunehmen, sich aber von selbst kaum soweit abbauen, daß davon ein ins Gewicht fallender kontraktiver Effekt ausginge, der die von den öffentlichen Kassen ausgehende Expansion ausgleichen könnte. Aus diesem Grunde haben nach wie vor alle Bestrebungen, die auf eine Verminderung der außenwirtschaftlichen Überschüsse hinzielen, insbesondere durch Förderung der Einfuhr, z. B. durch Zollsenkung, konjunkturpolitisch ihre Berechtigung.

Je geringer die preissteigernden Wirkungen sind, die von den öffentlichen Haushalten und der Außenwirtschaft ausgehen, desto günstiger ist der konjunkturpolitische Aspekt für eine neue Belebung der Investitionen, vor allem dort, wo das wirtschaftliche Wachstum laufend eine besonders hohe Ausweitung des Angebots erfordert.

An dieser Stelle ist schon mehrfach darauf hingewiesen worden, daß für das wirtschaftliche Wachstum steigende Investitionen auf die Dauer unentbehrlich sind. Dies gilt besonders, wenn — wie gegenwärtig — die technische Entwicklung, die Verknappung im Angebot an Arbeitskräften, die Tendenz zur Verkürzung der Arbeitszeit und die aus beidem resultierende Steigerung der Arbeitskosten den Kapitalaufwand je Arbeitsplatz laufend erhöhen.

Eine die Investitionen begünstigende Haltung kann die Konjunkturpolitik aber erst dann einnehmen, wenn die Gewißheit besteht, daß mit einer solchen Politik nicht die Geldwertstabilität gefährdet wird.

Die Westberliner Wirtschaft im Jahre 1957

1957 — Höheres Wachstum als in Westdeutschland

Die Westberliner Wirtschaft hat sich 1957 im ganzen gut behauptet. Das Sozialprodukt stieg real um rd. 7 vH — gegenüber 9 vH im Vorjahr —, die Investition erhöhte sich um 10 vH und der private Verbrauch um 8 vH. Da in Westdeutschland das Sozialprodukt nur um schätzungsweise 6 vH zunahm, wobei die Anlage-Investition sogar etwas zurückging, war das Berliner Ergebnis noch relativ zufriedenstellend.

Das gute Abschneiden der Westberliner Wirtschaft ist auf die weiter vorangeschrittene Gesundung infolge der planmäßigen Förderungsmaßnahmen einerseits, aber auch auf besondere — und damit nicht jederzeit vorhandene — Umstände andererseits zurückzuführen. So hat, mehr noch als in Westdeutschland, die Steigerung der Masseneinkommen infolge der Rentenreform und der Lohnerhöhungen zu einer erheblichen Anregung des Verbrauchs geführt. Faßt man die nominale Entwicklung ins Auge, so schlug sich bei den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst die Einkommenserhöhung sogar doppelt nieder, einmal in der vergrößerten Wertschöpfung der Leistung der Beamten und Angestellten, dann in ihrer gestiegenen Kaufkraft.

Sozialprodukt nominal um 10 vH gestiegen ...

Das Westberliner Sozialprodukt betrug im Jahre 1957 knapp 9,1 Mrd. DM und lag damit nominal um reichlich 10 vH über dem Vorjahrsstand. Die an der Entstehung beteiligten Bereiche entwickelten sich dabei recht unterschiedlich. Größere Zuwachsraten als im Vorjahr hatten die Öffentliche Verwaltung, die Wohnungsnutzung, das Gaststättenwesen, der Einzelhandel, der Bereich der Banken, Versicherungen, Vermittler und Verleihgewerbe sowie eine Reihe von sonstigen Dienstleistungen, die sogenannten „Übrigen Bereiche“. Verlangsamt hat sich die Zuwachsrate dagegen im verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe, im Großhandel und im Bereich Verkehr und Nachrichten.

Die Steigerung der Wohnungsnutzung infolge der im Februar eingetretenen gesetzlichen Mieterhöhung um 10 vH und der übernormale Zuwachs der Nettoproduktion der Öffentlichen Verwaltung infolge der Erhöhung der Gehälter waren primär zwar keine realen Produktionserfolge. Sekundär hat aber die Verausgabung des zusätzlichen Gehalts- wie auch die des zusätzlichen Renteneinkommens das Wachstum der Berliner Wirtschaft positiv beeinflußt.

Was die Verteilungsseite des Sozialprodukts anbelangt, so haben die Bruttolöhne und -gehälter nominal um 10 vH, die Einkommen der Selbständigen und Unternehmungen dagegen nur um 5,5 vH zugenommen. Im Gegensatz zu den Selbständigen — deren Zahl auch 1957 annähernd konstant geblieben ist — hat sich dabei aber die Zahl der unselbständig Beschäftigten noch um 3 vH erhöht, so daß ihre Einkommenssteigerung je Kopf gerechnet sich auf 7 vH beziffert.

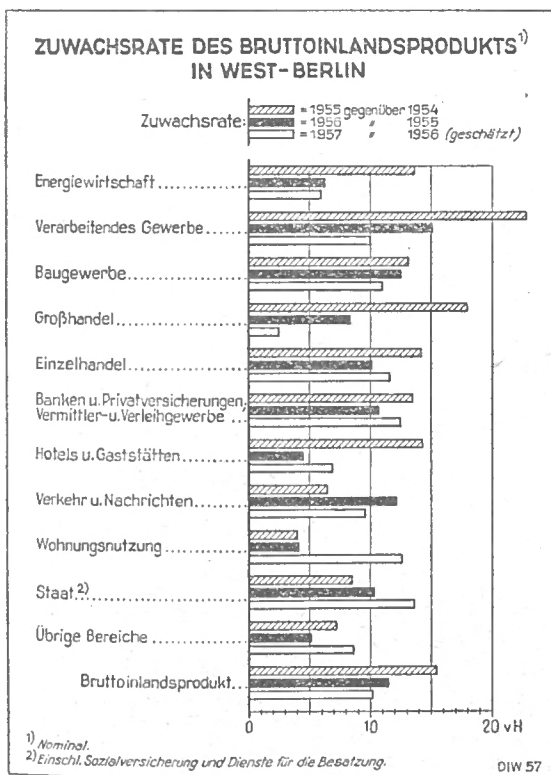
Insgesamt wurden innerhalb West-Berlins im Jahre 1957 für rd. 10,2 Mrd. DM Güter und Dienste verwendet, davon entfielen 6,3 Mrd. DM auf den Privaten Verbrauch, 1,6 Mrd. DM auf den Öffentlichen Verbrauch, 1,9 Mrd. auf die Anlageinvestition und 0,4 Mrd. DM auf die Lagerbildung. Verglichen mit dem Bundesgebiet waren die Fortschrittsraten in Berlin zumeist günstiger. So hat in Berlin der Private Verbrauch — allerdings nominal — um 11 vH, in der Bundesrepublik — ebenfalls nominal — um 8 vH zugenommen; in Berlin stieg die Investition nochmals um 12 vH, während sie in Westdeutschland, wenn auch auf hohem Niveau, stagnierte. Bei der Lagerbildung war dagegen das Verhältnis umgekehrt. Während in Westdeutschland unter dem Einfluß der Konjunkturdrosselung die Läger, vor allem wohl die unfreiwilligen, zugenommen haben, war die Lagerbildung in West-Berlin im allgemeinen von solcher Belastung frei.

Die gute Entwicklung des Privaten Verbrauchs war mit bedingt durch die Rentenerhöhungen. Infolge des weitaus größeren Anteils der Sozialleistungsempfänger an der Gesamtbevölkerung im Vergleich zur Bundesrepublik mußte ihr Einfluß auf den Gesamtverbrauch in Berlin erheblich größer sein als im Westen. Die Sozialeinkommen sind insgesamt von 1,6 Mrd. DM auf 2,0 Mrd. DM oder um 25 vH gestiegen; gleichzeitig erhöhte sich auch ihr Anteil an den Masseneinkommen von 33 vH auf 36 vH.

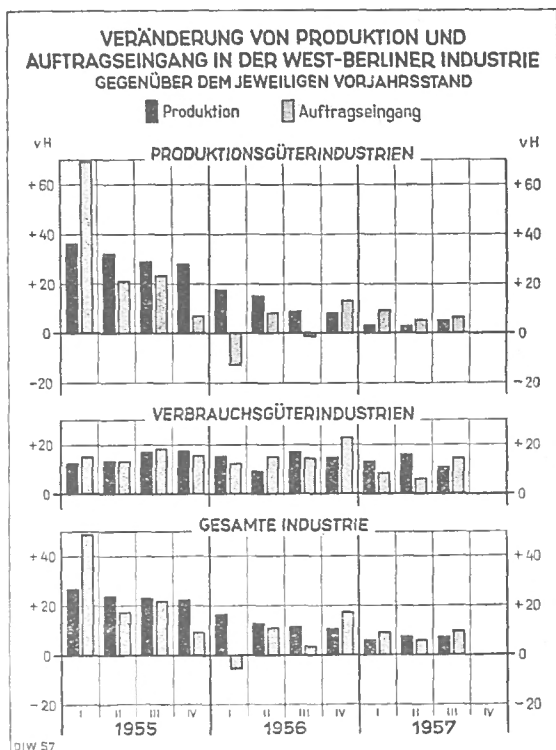
... aber Halbierung der Zuwachsrate bei der Industrie

Bei allen Betrachtungen der Westberliner Wirtschaft muß das Hauptaugenmerk naturgemäß der Industrie zukommen, da sie an der gesamten Wertschöpfung den höchsten Anteil hat und zur Zeit nur von ihr eine nennenswerte Entlastung der Westberliner Leistungsbilanz erwartet werden kann. Die Verlangsamung der industriellen Produktionssteigerung hat sich, wie vorauszusehen war, 1957 fortgesetzt. Während die reale Zuwachsrate 1956 noch 14 vH betragen hatte, ist sie im Berichtsjahr auf 7 vH gefallen. Von der allgemeinen Konjunkturschwächung wurden besonders die Produktionsmittelindustrien betroffen; ihre Produktionssteigerung betrug nur noch 3 vH, d. h. sie war 10 Punkte niedriger als 1956 und 27 Punkte niedriger als 1955! Aber auch die Verbrauchsgüterindustrien mußten erstmalig wieder eine — wenn auch geringe — Verlangsamung hinnehmen; ihre Zuwachsrate betrug 13 vH, während sie in den beiden Vorjahren 15 vH erreicht hatte.

Der industrielle Auftragseingang entsprach in diesem Jahr im ganzen gesehen dieser Produktionsentwicklung, sein Wachstum war jedoch bei den Produktionsmittelindustrien etwas größer und bei den Verbrauchsgüterindustrien etwas kleiner als die Zunahme der Erzeugung. Die derzeitigen Auftrags-



bestände sichern im Durchschnitt — wie auch im Vorjahr — die Beschäftigung für rund 2½ Monate. Insgesamt dürften 1957 Aufträge im Betrage von etwa 6,6 bis 6,7 Mrd. DM nach West-Berlin geflossen sein, das sind etwa 600 Mill. DM mehr als im Vorjahr.



Dieser Zuwachs war erheblich größer als im Jahre 1956. Der weitere Rückgang der Öffentlichen Aufträge wurde dabei voll durch die Zunahme der privaten Bestellungen aufgewogen bzw. noch übertroffen. Der Anteil der Öffentlichen Aufträge am gesamten Auftragsingang betrug nur noch 6 vH gegenüber 9 vH im Jahre 1955. Die erfreuliche Zunahme des Privaten Auftragsingangs dürfte nicht zuletzt auch auf die gute Entwicklung des industriellen Exports zurückzuführen sein. Während nämlich die gesamten Umsätze nur noch um 650 Mill. DM auf 6,5 Mrd. DM gestiegen sind — im Jahre 1956 stiegen sie noch um 850 Mill. DM —, erhöhte sich der Auslandsabsatz wie im Vorjahr um mehr als 100 Mill. DM; infolgedessen stieg auch sein Anteil an den Umsätzen von 10 vH im Vorjahr auf 11 vH.

Zunahme der Beschäftigung stärker als Rückgang der Arbeitslosigkeit

Trotz verringertem Produktionszuwachs erhöhte sich 1957 die Beschäftigung in der Industrie noch um

12 000 Personen. Der Grund hierfür war vor allem die Verkürzung der Arbeitszeit. Gegenüber 1956 betrug der Zugang an Beschäftigten allerdings nur noch die Hälfte. In der gesamten Gütererzeugung stieg die Beschäftigung um 18 000 Personen; da auch die Dienstleistungen 13 000 neue Beschäftigte aufnahmen, erhöhte sich die Gesamtzahl der unselbständig Beschäftigten in West-Berlin im Jahresdurchschnitt von 864 000 auf 895 000 Personen. Ein Teil der neuen Arbeitsplätze wurde von Grenzgängern und von Flüchtlingen besetzt; dies trug wesentlich dazu bei, daß die Entlastung des Arbeitsmarktes geringer als der Zugang der Beschäftigten war. Insgesamt verminderte sich die Arbeitslosigkeit um 24 000 Personen, so daß im Durchschnitt 1957 „nur“ noch 91 000 Arbeitssuchende registriert wurden. Dies entspricht, bezogen auf die Zahl der Arbeitnehmer, einer Arbeitslosenquote von 9 vH gegenüber 12 vH im Vorjahr. Die noch verbliebene hohe Arbeitslosigkeit stellt mehr und mehr den Restbestand der Schwervermittelbaren im Arbeitsmarkt dar. Da diese Menschen, die dazu häufig seit mehreren Jahren ohne Beschäftigung sind, nicht einfach ihrem überwiegend unverschuldeten Schicksal überlassen bleiben können, sind umfassende Eingliederungsmaßnahmen vordringlich.

Weiterhin hohes Wachstum unerlässlich

Wie die relative Unempfindlichkeit gegenüber der Konjunkturdämpfung in den letzten zwei Jahren beweist, hat die stetige Förderungspolitik für Berlin Früchte getragen. Die Wirtschaft dürfte nunmehr wieder soweit gefestigt sein, daß sie auch auf eine „recession“ in der Westlichen Welt nicht heftiger reagiert als die übrigen Volkswirtschaften. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die völlige Gesundung der Westberliner Wirtschaft noch aussteht. Der beste Maßstab hierfür ist der Vergleich des Volkseinkommens je Einwohner mit Wirtschaftsgebieten ähnlicher Struktur in Westdeutschland. Hier zeigt sich, daß die Einkommen in den beiden anderen Stadtstaaten der Bundesrepublik, Hamburg und Bremen, weitaus höher sind als in West-Berlin. Im Jahre 1955 entfielen — wenn man vom Nettoinlandsprodukt (abzögl. indirekter Steuern) ausgeht — in Hamburg auf den Einwohner im Durchschnitt 4 382 DM und in Bremen 3 915 DM, in West-Berlin dagegen nur 2 655 DM vom Sozialprodukt. Wenn sich dabei auch der Abstand Berlins zu den genannten Städten inzwischen etwas verringert hat, dürfte dennoch 1957 das Westberliner Volkseinkommen je Einwohner noch um etwa ein Drittel unter dem in Hamburg erzielten gelegen haben. Die Aufrechterhaltung einer starken Wachstumsrate ist deshalb weiterhin dringend. Da die konjunkturabschwächenden Einflüsse aus dem Bundesgebiet weiterhin wirksam sind, bedarf Berlin dazu neben der erneuten Steigerung der eigenen Anstrengungen nach wie vor der Aufrechterhaltung der bestehenden Hilfen.

Der nächste Wochenbericht erscheint als Doppelnummer am 10. Januar 1958

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 5 und Bonn, Burgstr. 160
 Präsident: Prof. Dr. Ferdinand Friedensburg. *Abteilungsleiterkollegium:* Dr. Gerhard Abeken, Dr. Ferdinand Grünig, Prof. Dr. Bruno Kiesewetter, Dr. Rolf Krengel, Dr. Hans Liebe, Prof. Dr. Joachim Tiburtius.

Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstr. 2.
 Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany.
 Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—.

— Diese Doppelnummer umfaßt 8 Textseiten und 2 Zahlenbeilagen —



Gegenstand	Gebiet*)	Einheit †)	1956					1957									
			Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Anzahl der Werktage			26,9	25	27	24,4	24	26	24	26	24	25	22,2	27	26,9	25	27
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit																	
Beschäftigte ¹⁾	BRD	1000	E	18609	.	.	18003	.	.	18465	.	.	18920	.	.	18967	.
" 1) ²⁾	W-B	"	"	860	.	.	831	.	.	839	.	.	861	.	.	872	.
" 1) ²⁾	Saar	"	"	329	350	331	329	327	328	329	329	330	330	330	332	334	334
darunter weibliche	BRD	vH	"	33,1	.	.	33,9	.	.	33,4	.	.	33,6	.	.	33,8	.
"	W-B	"	"	41,6	.	.	41,7	.	.	42,5	.	.	42,1	.	.	42,7	.
"	Saar	"	"	23,4	23,5	23,6	23,6	23,7	23,8	23,9	24,0	24,0	24,0	24,1	24,1	24,3	24,4
Arbeitslose bei den Arbeitsämtern	BRD	1000	"	409	411	426	641	1089	1476	1112	702	589	494	454	390	365	367
" 2)	W-B	"	"	94	91	90	104	114	125	110	102	102	94	91	77	71	69
"	Saar	"	"	5,4	5,2	5,1	5,3	5,1	6,0	5,9	5,5	5,1	5,2	5,0	4,7	4,9	4,7
Anteil der Arbeitslosen an den Arbeitnehmern ³⁾	BRD	vH	"	2,2	2,2	2,2	3,4	5,7	7,7	5,8	3,7	3,1	2,6	2,3	2,0	1,9	1,9
"	W-B	"	"	9,9	9,5	9,5	10,9	12,1	13,3	11,7	10,7	9,9	9,6	8,1	7,5	7,5	7,2
"	Saar	"	"	1,6	1,5	1,5	1,6	1,5	1,8	1,8	1,7	1,5	1,6	1,4	1,4	1,4	1,4
Unterstützte Arbeitslose ⁴⁾	BRD	1000	M	336	329	318	378	647	1168	1083	758	507	430	384	328	295	284
"	W-B	"	M	66	65	65	69	90	100	91	83	79	73	72	62	49	48
Arbeitsunfähige Kranke ⁵⁾	BRD	"	E	621	637	674	645	584	741	724	667	597	608	587	715	741	.
"	W-B	"	"	41	44	50	48	45	55	56	55	45	44	43	50	53	.
Offene Stellen b. d. Arb.-Ämtern	BRD	"	"	252	236	210	153	126	159	209	249	236	232	237	252	248	250
"	W-B	"	"	6,2	5,7	5,0	3,6	2,5	4,2	4,2	4,5	4,5	4,8	7,0	7,4	7,4	6,8
"	Saar	"	"	4,5	4,6	4,7	3,7	3,0	3,3	4,4	4,8	4,9	4,3	4,2	4,8	5,3	5,6
Arbeitslose je 100 offene Stellen (Anrangsziffern)	BRD	"	"	163	174	203	419	863	927	533	282	250	213	191	155	147	147
Beschäftigung d. Industrie⁶⁾																	
Beschäftigte, gesamte Industrie	BRD	1000	E	7097,9	7101,4	7125,6	7118,5	7037,7	6993,3	7018,1	7065,0	7171,1	7217,3	7232,3	7279,9	7327,9	7353,7
dar.: Bergbau	"	"	"	656,7	656,9	656,9	656,7	657,2	659,7	661,6	664,1	672,8	673,1	671,9	670,5	671,7	672,8
Steine und Erden	"	"	"	282,5	279,4	272,5	261,9	239,8	219,2	225,9	254,4	268,6	274,1	273,7	273,2	271,6	267,6
Eisen und Stahl	"	"	"	244,6	244,8	245,2	245,4	245,4	246,2	249,0	251,4	256,6	257,8	258,9	260,8	263,8	264,7
NE-Metalle	"	"	"	73,6	73,4	73,1	73,3	73,1	73,7	74,1	74,2	75,1	75,2	75,6	76,1	76,6	76,6
Stahlbau	"	"	"	176,9	174,7	179,0	178,8	177,9	180,4	180,7	181,3	183,0	182,6	183,0	184,5	185,5	187,3
Maschinenbau	"	"	"	797,3	796,7	797,8	797,6	795,3	798,2	801,7	803,5	821,8	828,6	830,3	834,6	834,2	830,1
Fahrzeugbau	"	"	"	314,3	310,9	308,6	310,7	309,3	312,4	312,5	314,6	319,2	322,2	322,6	323,3	324,1	322,6
Schiffbau	"	"	"	93,6	93,3	93,0	92,9	92,7	94,2	94,8	96,2	100,4	101,3	100,3	103,2	103,5	103,7
Elektrotechnik	"	"	"	527,0	528,2	530,4	529,3	527,0	530,9	534,3	537,5	545,8	550,5	554,0	560,0	568,1	573,6
Feinmechanik und Optik	"	"	"	138,7	138,5	139,3	139,2	138,6	138,9	139,5	139,9	142,0	142,7	142,6	143,1	143,5	143,9
Eisen-, Blech- u. Metallwaren	"	"	"	354,4	354,4	356,4	357,8	355,0	360,8	359,9	359,3	366,1	366,0	366,2	368,3	368,3	369,0
Chemie	"	"	"	391,4	391,5	391,4	391,8	390,1	389,1	391,2	393,7	398,1	400,6	402,5	407,0	411,0	412,4
Holzverarbeitung	"	"	"	219,7	220,2	222,1	223,8	220,8	218,9	217,8	218,2	218,7	220,8	220,8	220,5	220,8	222,7
Textil	"	"	"	641,1	641,4	645,1	646,9	641,9	643,1	641,8	639,3	643,7	644,4	644,1	647,0	648,5	651,1
Bekleidung	"	"	"	304,3	308,2	312,7	313,4	310,9	312,7	313,6	314,7	320,0	321,2	319,2	319,1	320,5	322,9
Nahrungsmittel	"	"	"	311,5	315,6	329,5	327,1	304,5	294,0	292,6	283,5	288,0	295,8	303,9	316,3	326,1	335,4
Genußmittel	"	"	"	143,7	143,5	143,1	143,5	142,7	141,3	140,5	141,2	142,4	143,7	144,7	146,3	146,3	149,0
Beschäftigte, gesamte Industrie	"	1949 = 100	"	153,0	153,1	153,6	153,4	151,7	150,7	151,2	152,2	154,5	155,5	155,8	156,8	157,8	158,4
Produktionsgüterind.	"	"	"	159,5	159,1	159,0	158,7	157,3	157,8	158,2	159,8	164,8	163,8	164,0	164,8	165,7	165,9
Verbrauchsgüterind.	"	"	"	144,2	145,1	146,7	146,9	144,3	141,7	141,6	141,5	142,6	143,7	144,2	145,7	147,0	148,1
Darunter Arbeiter⁷⁾																	
Gesamte Industrie	BRD	1000	E	5909,6	5909,7	5930,1	5920,2	5840,8	5796,3	5816,3	5857,1	5941,7	5981,6	5994,0	6037,1	6075,8	6098,1
"	"	1949 = 100	"	151,2	151,2	151,7	151,4	149,4	148,3	148,8	149,8	152,0	153,0	154,4	155,4	156,0	.
Produktionsgüterindustrien	"	"	"	154,8	154,4	154,1	153,7	152,2	151,9	152,7	154,4	157,2	158,2	158,4	159,2	160,0	160,2
Verbrauchsgüterindustrien	"	"	"	143,7	144,4	146,4	146,5	143,6	141,0	140,9	140,7	141,6	142,7	143,2	144,9	146,2	147,4
Geleistete Arbeiterstunden																	
Gesamte Industrie	BRD	Mill.	S	1099,7	1079,6	1147,4	1112,6	1022,9	1074,0	1011,3	1057,4	1052,6	1095,4	977,4	1064,1	1048,1	1044,9
"	"	1949 = 100	"	154,1	151,3	160,8	155,9	143,3	150,5	141,7	148,2	147,5	153,5	137,0	149,2	147,0	146,6
Produktionsgüterindustrien	"	"	"	158,5	154,7	162,2	156,4	144,7	153,2	144,7	152,5	152,5	158,4	143,1	154,5	151,1	150,0
Verbrauchsgüterindustrien	"	"	"	147,0	146,0	159,3	156,2	141,9	146,7	137,3	141,5	139,5	145,8	126,8	140,4	140,2	141,0
Tägliche Arbeitszeit⁸⁾																	
Gesamte Industrie	BRD	Std.	D	6,92	7,31	7,17	7,70	7,30	7,13	7,24	6,95	7,38	7,33	7,35	6,53	6,41	6,35
"	"	1949 = 100	"	97,1	102,6	100,6	103,0	102,4	100,0	101,5	97,4	103,4	102,7	103,0	91,5	89,8	89,0
Produktionsgüterindustrien	"	Std.	"	6,94	7,31	7,10	7,60	7,22	7,07	7,20	6,93	7,36	7,29	7,41	6,54	6,39	6,31
"	"	1949 = 100	"	96,7	101,9	99,0	106,0	100,7	98,6	100,4	96,6	102,6	101,6	103,3	91,2	89,1	88,0
Verbrauchsgüterindustrien	"	Std.	"	6,88	7,31	7,29	7,90	7,45	7,24	7,34	6,99	7,42	7,39	7,22	6,49	6,45	6,41
"	"	1949 = 100	"	96,8	102,9	102,6	111,2	104,9	101,9	103,3	98,4	104,5	104,1	101,7	91,4	90,8	90,2
Industr.Arbeitsproduktivität⁹⁾																	
je Beschäftigten	BRD	1949 = 100	E	153,1	164,2	164,9	175,4	162,7	156,9	162,9	160,2	168,6	170,5	166,8	155,4	152,8	164,1
je Arbeiterstunde	"	"	"	161,5	164,0	168,0	166,3	163,2	161,4	164,8	169,0	167,5	170,6	166,5	174,4	174,6	175,4
Stundenverdienst d. Arbeiter¹⁰⁾																	
Lohnempfänger insgesamt	BRD	Pf	D	194,7	.	.	198,8	.	.	204,4	.	.	213,3
"	"	1949 = 100	"	164,6	165,7	166,9	168,0	169,1	170,2	171,3	173,8	176,3	178,8
Männliche Arbeiter	"	Pf	"	213,5	.	.	219,3	.	.	224,5	.	.	232,8
"	"	1949 = 100	"	165,5	167,0	168,5	170,0	171,1	172,2	173,3	175,4	177,5	179,7
Weibliche Arbeiter	"	Pf	"	137,3	.	.	140,6	.	.	140,8	.	.	146,0
"	"	1949 = 100	"	167,4	168,8	170,1	171,5	172,9	174,4	175,9	178,0	180,2	182,3

Gegenstand	Einheit †)	Vorjahr					Gegenwart									
		11.-17. Nov. 1956	18.-24. Nov. 1956	25. Nov. bis 1. Dez. 1956	2.-8. Dez. 1956	9.-15. Dez. 1956	13.-19. Okt. 1957	20.-26. Okt. 1957	27. Okt. bis 2. Nov. 1957	3.-9. Nov. 1957	10.-16. Nov. 1957	17.-23. Nov. 1957	24.-30. Nov. 1957	1.-7. Dez. 1957	8.-14. Dez. 1957	
		46.	47.	48.	49.	50.	42.	43.	44.	45.	46.	47.	48.	49.	50.	
Produktion																
Geschäftstätigkeit in USA	1947/49 = 100															
Industrieproduktion in USA	"	144,5	144,6	145,1	145,3	146,8	142,8	141,6	141,8	140,6	141,3	140,8	139,6	138,7	155,0	
Steinkohlenförderg. in Westdschld. 1)	1000 t	2932	2931	2875	2850	2840	2714	2354	2332	2342	2306	2430	2932	2887	5003	
" " Großbritannien	"	4816	4820	4823	4919	5155	4480	4592	4647	4590	4715	4772	4800	4802	5003	
Kohlenförderung in USA	"	9448	8288	9924	9621	9666	8977	8968	8868	8532	8278	8464	7344	8233	301	
Rohstahlerzeugung in Westdschld. 1)	"	289	275	283	290	286	293	295	282	299	303	292	301	303	1612	
" " USA	"	2246	1958	2240	2243	2278	1898	1855	1836	1828	1800	1783	1709	1672	177	
Kraftwagenherstellung in USA	1000 Stück	162	155	188	207	202	90	131	158	168	177	186	149	172	177	
Stromverbrauch in West-Berlin 2)	Mill. kWh	38,2	36,5	39,7	40,5	40,1	37,4	37,7	38,1	39,7	41,7	40,0	42,7	44,3	45,4	
Güterverkehr																
Wagengestellung b. d. Dt. Bundesbahn	1000 Wagen	418,2	368,5	411,1	406,8	415,0	412,5	417,1	382,1	424,1	427,6	372,1	430,1			
Zahlungsverkehr																
Zahlungsmittelumlauf in Westdeutschland u. West-Berlin . . .	Mill. DM	BSt	14035	13605	15699	15506	15221	15599	14722	17192	16190	15700	14896	17535	17129	
Notenumlauf d. Bank von England . . .	£	Mi	1893	1894	1906	1938	1976	1970	1966	1967	1976	1984	1987	2001	2034	2081
" " Bank von Frankreich	Mrd. frs.	Do	2924	2898	2965	2983	2955	3222	3201	3293	3262	3191	3106	3140	3158	
" " Niederländ. Bank	Mill. hfl.	Mo	3936	3884	3923	3996	3874	3987	3948	4061	4092	4005	3953	3994	4111	3982
" " Belgischen Nationalbk.	Do	110037	108764	109118	109925	108615	110685	109752	110852	110958	110213	109091	109388	110972		
" " Schweizer	frs.	BSt	5265	5343	5483	5477	5548	5432	5446	5616	5535	5473	5515	5709	5670	
" " Schwedischen	skr.	4985	4958	5918	5277	5466	5121	5165	5505	5302	5197	5180	5544	5447		
Zahlungsmittelumlauf in USA	\$	Mi	31141	31380	31335	31450	31660	31191	31129	31008	31114	31287	31336	31628	31666	31827
Geld- und Kapitalmarkt																
<i>Deutsche Bundesbank 3)</i>																
Gold	Mill. DM	BSt	5739	5763	5763	5796	6223	10702	10655	10655	10655	10691	10691	10691	10691	
Gesamtaktiva aus d. Auslandsgeschäft	"	"	11942	11778	11919	12024	11732	13657	13715	13634	13697	13516	23516	13436	13571	
Inlandswechsel	"	"	2082	1958	1870	2247	2238	1076	945	953	897	758	742	795	1210	
Kassenkredite 4)	"	"	112	74	153	192	69	57	60	112	138	87	43	149	180	
Ausgleichsforderungen und unverzinsliche Schuldverschreibung	"	"	3916	3895	4050	4027	3579	3366	3212	3320	3329	3265	3304	3325	3683	
Einlagen insgesamt	"	"	10057	10237	8808	9178	8653	12719	13355	11240	12066	12046	12884	10352	11546	
darunter: von Kreditinstituten 5)	"	"	4150	4299	3480	4699	3944	5932	6468	5341	6622	5631	6402	5937	7016	
von öffentlichen Einlegern	"	"	5691	5704	5083	4218	4457	6220	6189	5218	4863	5904	5997	4428	4103	
<i>480 Geldinstitute aller Gruppen</i>																
Kurzfristige Kredite an Nichtbanken	"	"	19314		19463		19315	22778		22726		23079				
dar.: an Wirtschaftsuntern. u. Private	"	"	18058		18039		18353	18979		18924		19069				
an öff.-rechtl. Körperschaften	"	"	1256		1424		962	3799		3802		4010				
Einlagen von Nichtbanken	"	"	31433		31409		31374	38010		38062		38691				
darunter Spareinlagen	"	"	12174		12149		12084	14417		14536		14630				
<i>Bank von England</i>																
Regierungspapiere d. Emissionsabtgl. Forderungen der Bankabteilung	Mill. £	Mi	1921,2	1921,3	1921,2	1971,3	2021,2	1996,2	1996,3	1996,2	1996,2	1996,2	1996,3	2046,3	2046,3	2096,2
Einlagen	"	"	310,8	310,5	306,7	285,9	267,3	310,1	294,5	302,4	302,1	308,3	316,6	250,1	291,6	287,3
	"	"	328,6	325,3	309,6	307,6	300,5	325,6	313,4	320,4	310,8	309,6	314,4	313,4	292,4	291,2
<i>Bundes-Reserve-Banken in USA</i>																
Aktiva insgesamt	Mill. \$	Mi	52031	52764	51990	52054	52463	53124	52049	51887						
darunter: Goldzertifikate	"	"	20375	20369	20367	20467	20384	21126	21136	21146						
Regierungspapiere	"	"	23945	24143	24284	24453	24669	23312	23228	23235						
Einlagen insgesamt	"	"	19577	20261	19953	19926	20000	19959	19878	19846						
darunter: Regierungseinlagen	"	"	415	392	479	338	314	543	484	458						
<i>Zinssätze</i>																
Tagesgeld in London	% p. a.	Sa	3 3/4-5	3 1/4-4 3/4	3 3/4-4 3/4	3 3/4-4 3/4	3 3/4-4 3/4	5 1/4-5 3/4	5 1/4-6	5-6	5 1/4-6 1/4	5 1/4-6 1/4	5 1/4-6 1/4	5 1/4-6 1/4	5-6	5 1/4-6 1/4
Handelswechsel, 3 Mon., London	"	"	6-6 1/2	6-6 1/2	6-6 1/2	6-6 1/2	6-6 1/2	7 1/2-8 1/2	7 1/2-8 1/2	7 1/2-8 1/2	7 1/2-8 1/2	7 1/2-8 1/2	7 1/2-8 1/2	7 1/2-8 1/2	7 1/2-8 1/2	7 1/2-8 1/2
<i>Effektenmarkt</i>																
Kursdurchschnitte festverzinsl. Werte																
4 1/2%ige RM-Wertpapiere, auf DM 5)	vH	BSt	82,54	81,99	81,39	81,23	80,92	82,72	82,85	82,98	83,43	84,04	84,29	84,50	84,44	
5 1/2%ige DM-Bundesanleihe 6)	"	"	100,15	100,13	100,25	100,13	100,00	100,50	100,50	100,50	100,00	100,04	100,00	100,00	100,00	
5 1/2%ige DM-Pfandbriefe 6)	"	"	93,78	93,58	93,13	93,02	92,85	92,88	92,88	92,85	92,96	93,09	93,12	93,10	93,11	
5 1/2%ige DM-Komm.-Obligationen 6)	"	"	94,52	94,42	93,85	93,72	93,68	92,68	92,83	92,82	92,90	92,93	93,02	93,08	93,16	
6 1/2%ige DM-Pfandbriefe 7)	"	"	94,85	94,78	94,55	93,90	93,90	88,80	88,75	88,70	88,75	88,80	88,80	88,88	88,98	
8 1/2%ige DM-Industrieobligationen	"	"	98,44	98,00	97,93	98,24	97,85	102,16	102,23	102,31	102,35	102,51	102,38	102,33	102,40	
Aktienindex, Westdeutschland 8)	31. Dez. 54 = 100	Fr	103,4	103,6	103,8	105,4	105,7	109,1	109,5	109,4	110,3	111,7	112,8	114,2	114,7	114,9
Aktienindex, Großbritannien 9)	1. 7. 1935 = 100	Fr	170,1	164,7	163,5	171,6	175,0	167,6	167,7	161,1	163,9	169,9	170,2	169,5	168,3	168,7
Aktienindex, USA 10)	\$ je Stück	Fr	480,7	472,6	472,8	494,8	492,1	433,8	435,2	434,7	434,1	439,4	442,7	443,9	447,2	440,5
Wechselkurse																
DM-Noten, Freiverkehr, Zürich	sfrs. je 100 DM	BSt	100,10	100,40	100,68	100,45	100,45	101,28	101,13	101,28	101,33	101,30	101,55	101,50	101,60	101,65
" " New York	\$ je 100 DM	"	23,40	23,40	23,44	23,44	23,44	23,65	23,65	23,68	23,58	23,60	23,60	23,60	23,65	23,65
" " Paris	frs. je DM	"	83,96	83,96	83,95	83,96	83,95	83,74	83,66	83,79	83,46	83,80	83,86	83,71	83,57	
DM-Ost, Mittelkurs, Berlin	je DM-West	Fr	4,32	4,42	4,34	4,27	4,22	4,37	4,37	3,98	3,93	3,98	3,96	4,08	3,96	3,93
Weltrohstoffpreise																
<i>Indizes</i>																
Moody's Index	31. 12. 31 = 100	Fr	423,5	431,7	438,3	440,9	439,2	389,1	387,6	384,9	383,6	388,3	388,6	389,3	389,9	394,2
Reuter's Index	18. 9. 31 = 100	"	491,5	499,2	512,6	503,5	506,0	428,9	428,0	425,4	424,8	425,3	425,6	424,5	427,6	423,7
DIW-Index 11)	1938 = 100	Mi	308,0	310,5	316,4	315,4	314,0	295,0	294,6	293,8	293,1	295,3	297,0	297,4	297,8	297,7
dar. Nahrungsmittel und Genussmittel	"	"	302,2	310,2	321,9	319,3	318,3	302,3	302,3	301,2	301,8	306,0	304,8	306,8	310,8	310,5
Textilrohstoffe	"	"	352,4	355,3	357,8	357,4	356,6	342,8	343,5	341,3	338,9	341,1	347,3	347,2	344,1	343,7
Metalle	"	"	305,6	304,7	307,3	305,9	303,3	245,3	241,4	245,0	244,5	243,7	241,7	240,0	240,1	235,5
<i>Preise</i>																
Weizen, hardw. II, loco, New York	cts je 60 lbs	"	281,88	280,75	279,50	277,88	279,63	262,50	262,50	265,25	268,25	269,25	268,50	268,75	269,00	269,00
Kaffee, Santos 4, loco, New York	cts je lb	"	60,25	60,50	60,50	60,50	60,50	52,50	54,00	54,00	54,00	54,00	54,00	54,00	54,00	55,50
Wolle, Kammz., Cr. 48's, loco, Bradford	d je lb	"	87,00	89,00	93,00	92,00	88,00	81,00	83,00	80,00	78,00	79,00	82,00	82,00	80,00	77,00